

# افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نپاشد تن من مباد بدین بوم و بر زنده یک تن مباد  
همه سر به سر تن به کشتن دهیم از آن به که کشور به دشمن دهیم

[www.afgazad.com](http://www.afgazad.com)

[afgazad@gmail.com](mailto:afgazad@gmail.com)

European Languages

زبانهای اروپایی

Von Marius Weichler

17.02.2021

## ***Sorge vor Staatsstreich - Präsidentenwahl in Ecuador: Linke warnt vor möglichen Putschvorbereitungen***

Noch immer steht nicht fest, wer bei der Präsidentschaftswahl in Ecuador neben dem Kandidaten des Linksbündnisses Union für die Hoffnung (Unes), Andrés Arauz, in die Stichwahl am 11. April gehen wird. Bereits jetzt zeichnet sich jedoch eine Allianz zwischen dem Rechtskandidaten Guillermo Lasso und Yaku Pérez, Kandidat der Indigenenpartei Pachakutik, ab. Nach den jüngsten Zahlen des Nationalen Wahlrates (CNE) liegt Lasso mit 19,74 Prozent der Stimmen vor Pérez mit 19,38 Prozent. Absolut trennen die beiden damit nur rund 33.000 Stimmen.

Beide Kandidaten kamen in der vergangenen Woche zu einer Vereinbarung mit dem CNE, wonach alle Stimmen in der Küstenprovinz Guayas sowie die Hälfte aller Wahlzettel in weiteren 16 Provinzen des Landes neu ausgezählt werden sollen. Überwacht werden soll die Neuauszählung von Vertretern der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS).

Ricardo Patiño, ehemaliger Außenminister Ecuadors unter Expräsident Rafael Correa, kritisierte das Vorgehen des CNE in einem Beitrag für das Nachrichtenportal [nodal.am](http://nodal.am) vom Sonnabend scharf. Zwar sei es ein demokratisches Recht, Neuauszählungen zu verlangen. Die Art, wie dies hier geschehe, sei jedoch nicht hinnehmbar. Insbesondere, dass lediglich die OAS und keine weiteren internationalen Beobachter zugelassen seien, werfe Fragen auf. Er erinnerte an die Rolle der Organisation mit Sitz in Washington bei den Präsidentschaftswahlen in Bolivien 2019, die in einen Putsch gegen den gewählten Präsidenten Evo Morales mündete. Darüber hinaus seien nur Vertreter von Pérez und Lasso zugelassen. Um Manipulationen zugunsten dieser beiden Kandidaten auszuschließen,

müssten Vertreter aller Kandidaten das Recht bekommen, an der Neuauszählung teilzunehmen. Zudem rief Patiño zur Vorsicht auf, da die Gefahr bestehe, dass das Wahlergebnis vom 7. Februar komplett annulliert werden könnte.

Auch international wird die Vereinbarung von Lasso, Pérez und dem CNE mit Sorge betrachtet. »Was wir in Ecuador sehen, ist unerhört«, meldete sich die EU-Abgeordnete Idoia Villanueva der spanischen Linkspartei Podemos per Twitter zu Wort. Auch die Linke-Politikerin Heike Hänsel forderte über den Kurznachrichtendienst: »Gefahr eines Szenarios wie in Bolivien muss verhindert werden!«

Derweil mehren sich die Anzeichen für eine gemeinsame Kampagne von Lasso und Pérez. Bereits in der vergangenen Woche hatte Pérez Expräsident Correa und den von diesem unterstützten Arauz attackiert. So hätten diese den CNE beeinflusst und seien für den »Wahlbetrug« verantwortlich. Dabei waren es gerade Arauz und sein Linksbündnis Unes, die im Vorfeld der Wahl immer wieder Repressionen durch den Wahlrat erfahren hatten. »Yaku Pérez und ich liegen wesentlich näher beieinander, als Sie sich das vorstellen können«, erklärte auch der Multimillionär Lasso vor dem Treffen der beiden mit dem CNE am Freitag. Und tatsächlich sprach sich Pérez, der sich als Verteidiger der Umwelt und der Identität der indigenen Völker präsentiert, in der Vergangenheit unter anderem für Regime-Change-Bemühungen gegen die linken Regierungen in Venezuela und Bolivien aus. Entsprechend kann nicht verwundern, dass er, um den »Correísmo« zu besiegen, mit dem Bankier Lasso zusammenarbeitet.

Unterdessen geht die Schmutzkampagne gegen Arauz weiter. So überreichte der Generalstaatsanwalt Kolumbiens am Freitag seiner ecuadorianischen Amtskollegin verschiedene Dokumente, die auf eine Finanzierung der Kampagne des Linkskandidaten durch die Guerillaorganisation ELN hinweisen sollen. Ein Vorwurf, der wenige Tage vor der Wahl durch die kolumbianische Zeitschrift Semana erstmals aufgeworfen worden war, mittlerweile jedoch widerlegt werden konnte.